

Christoph Mohamad-Klotzbach
Martha Suda

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

BAYERN

Was bewegt Bayern?



Politische Einstellungen und
Erwartungen im Freistaat

Die Autor_innen

Dr. Christoph Mohamad-Klotzbach

Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft
und Soziologie der Universität Würzburg

Martha Suda, M. A.

Politikwissenschaftlerin, Wissenschaftliche
Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft
und Soziologie der Universität Würzburg

Dr. Christoph Mohamad-Klotzbach
Martha Suda

Was bewegt Bayern?
Politische Einstellungen und
Erwartungen im Freistaat



**WAS
BEWEGT
BAYERN?**

Inhalt

01 — Vorwort	06
02 — Einleitung	07
03 — Methodik	08
04 — Politische Stimmung und Teilhabe in Bayern	09
05 — Lebenszufriedenheit: Wie fühlen sich die Menschen in Bayern?	13
06 — Wo sind die Baustellen? Ein Überblick über zentrale politische Themen	16
07 — Markt oder Staat: Wem trauen die Menschen mehr Lösungskompetenz zu?	23
08 — Fazit	27
09 — Literaturverzeichnis	29
Impressum	31

01 Vorwort

Was bewegt Bayern? Wie ist die Stimmung vor den Landtagswahlen 2023? Auf diese Fragen gibt die vorliegende Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung erste Antworten in bewegten Zeiten.

Seit den letzten Landtagswahlen 2018 in Bayern hat sich die Welt verändert. Die Pandemie, der Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die steigende Inflation haben die Lebensrealität vieler Menschen im Freistaat verändert. Bayern ist noch immer ein wirtschaftlich erfolgreiches und innovatives Land. Der Wohlstand ist noch immer hoch. Aber Bayern ist auch ein Bundesland mit einer großen Kluft zwischen den Regionen, zwischen Stadt und Land, zwischen Arm und Reich. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen ist der Freistaat – trotz des Verfassungsauftrags von 2013 – weit entfernt. Hinzu kommt, dass durch die weltweiten Krisen viele Menschen das Gefühl haben, dass alte Gewissheiten neuen Unsicherheiten gewichen sind. Enorme finanzielle Herausforderungen der einen im Gegensatz zu steigendem Reichtum der anderen spalten das Bundesland der Superlative.

Welche Erwartungen und Forderungen haben die Bürger_innen heute an die Politik? Welche Zukunft wünschen sie sich für Bayern? Um dies herauszufinden, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2022 eine Meinungsumfrage in Auftrag gegeben. 2.500 Bayer_innen wurden vom Markt- und Meinungsforschungsunternehmen Civey GmbH zu ihrer Lebenszufriedenheit, ihrer persönlichen Einschätzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und den drängendsten Herausforderungen befragt. Dabei wurden insbesondere die Erwartungen der Bayer_innen zur Sozial-, Wirtschafts-, Bildungs- und Klimapolitik festgehalten. Aus diesem „Datenschatz“ ist die hier vorliegende Publikation entstanden. Wir danken dem Team von Civey für die Meinungsumfrage sowie den Autor_innen Dr. Christoph Mohamad-Klotzbach und Martha Suda der Julius-Maximilians-Universität Würzburg für die gute Zusammenarbeit und die Analyse der Ergebnisse.

Die zentralen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung sind politische Bildung und Beratung. Wir hören zu, was die Menschen beschäftigt, und ermöglichen ihnen Zugang zu aktuellen Debatten und damit zu politischer Teilhabe. Für unsere Arbeit ist es zentral, eine Brücke zwischen den Bürger_innen und politischen Entscheidungsträger_innen zu bauen. Ziel dieser Publikation ist aufzuzeigen, in welchen Politikfeldern sich die Bayer_innen Veränderung wünschen und in welchen sie eher den Staat als den Markt als relevanten Akteur betrachten, um die wichtigsten Herausforderungen zu meistern.

Politische Antworten auf die großen Fragestellungen unserer Zeit, die sich tatsächlich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren und die soziale Gerechtigkeit stärken, sind nötiger denn je im häufig als schönstem Bundesland der Welt bezeichneten Bayern. Lassen Sie uns diese Publikation nutzen und gemeinsam diskutieren, was Bayern auch in Zukunft lebenswert macht und welche politischen Strategien zu mehr Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit führen können.

Simone Reperger und Eva Nagler

Friedrich-Ebert-Stiftung Bayern

02 Einleitung

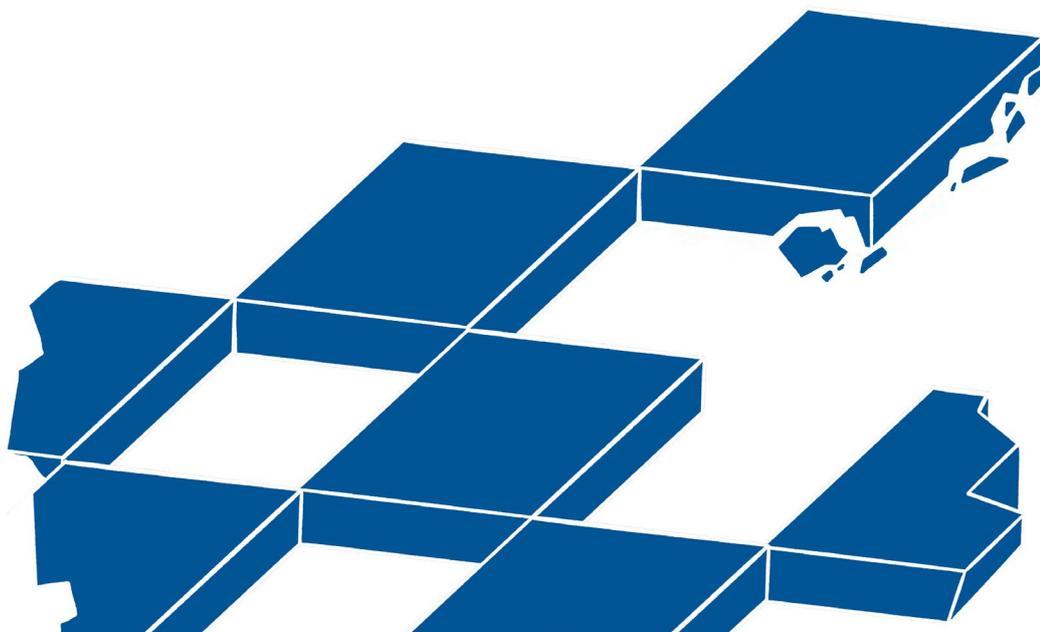
Es ist mal wieder so weit: Wahljahr in Bayern. Und das in unruhigen Zeiten. Die Nachwehen der Pandemie sind noch zu spüren, während der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine und die damit verbundenen materiellen Folgen auch in Bayern viele Menschen vor enorme finanzielle Herausforderungen stellt.

Am 8. Oktober 2023 können die bayerischen Wähler_innen an den Wahlurnen ihrer Stimme Ausdruck verleihen und die Politik in ihrem Bundesland mitbestimmen.

Zwar deutet aktuell nicht so viel darauf hin, dass es analog zum Wahljahr 2018 wieder einen Protestsommer geben könnte (Oberreuter 2018: 35), aber die Stimmung im Land ist nicht überall gut. Die Menschen in Bayern nahmen ihr Bundesland im Vergleich zu den anderen 15 Bundesländern früher selbstverständlich als „Spitzenreiter“ wahr (Faus/Ludwig 2021: 15). Jedoch begann die Fassade in den vergangenen Jahren an manchen Stellen zu bröckeln. Und wie es so ist im Leben: Auf den Erfolg folgen auch gehobene Ansprüche. Und wer nicht liefert, der sitzt – ähnlich wie beim FC Bayern München – schnell mal auf der Bank bzw. bekommt einen politischen Denkkzettel vom Souverän verpasst.

Deshalb ist es wichtig, auch in den Freistaat hineinzuhören und zu studieren, was die Menschen bewegt. Die folgende Studie widmet sich auf Basis einer repräsentativen Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsunternehmens Civey GmbH eben dieser Aufgabe. Sie untersucht die aktuelle Stimmungslage in Bayern und bringt somit etwas Licht ins Dunkel.

Inhaltlich ist die Studie wie folgt strukturiert: Zunächst erfolgt ein Überblick über die Methodik der Datenerhebung, die dieser Studie zugrunde liegt. Daran anschließend wird die politische Stimmungslage näher betrachtet, wobei der Fokus auf die Wahlbeteiligung und die Rolle von Politik im Alltag der Menschen gerichtet ist. Im folgenden Kapitel wird dann ein Blick auf die generelle Stimmung in Bayern geworfen und die Lebenszufriedenheit der Menschen betrachtet. Es folgt ein Kapitel zu den zentralen politischen Themen der Menschen im Freistaat sowie ein weiteres zur Frage, ob sie eher den Staat oder den Markt als relevanten Akteur betrachten, um die wichtigsten Herausforderungen zu meistern. Die Studie endet mit einem Fazit, das die zentralen empirischen Befunde nochmals theseartig zusammenfasst und einordnet.



03 Methodik

Die vorliegende Befragung wurde im Zeitraum vom 17.11. bis 07.12.2022 vom digitalen Markt- und Meinungsforschungsunternehmen Civey GmbH durchgeführt. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden hierfür Personen ab 18 Jahren, die in Bayern leben, im Civey-eigenen Online-Panel befragt.

Pro Frage wurden aus allen Befragungsteilnehmenden quotierte Stichproben von rund 2.500 Personen gezogen, sodass die soziodemografische Struktur der Stichprobe bereits so gut wie möglich der Struktur in der Grundgesamtheit entspricht. Die Quotierung erfolgte nach soziodemografischen Variablen wie Alter, Geschlecht und Wahlverhalten.

Anschließend wurden die Befragungsdaten gewichtet, um evtl. verbleibende Abweichungen zwischen Stichprobe und Grundgesamtheit im Hinblick auf bekannte soziodemografische Variablen auszugleichen. Gewichtet wurde anhand der Merkmale Alter, Geschlecht, Wahlverhalten, Wahlabsicht, regionale Kaufkraft und Bevölkerungsdichte. Die offiziellen Bevölkerungsdaten, die der Gewichtung zugrunde liegen, stammen vom Statistischen Bundesamt bzw. vom Bundeswahlleiter.

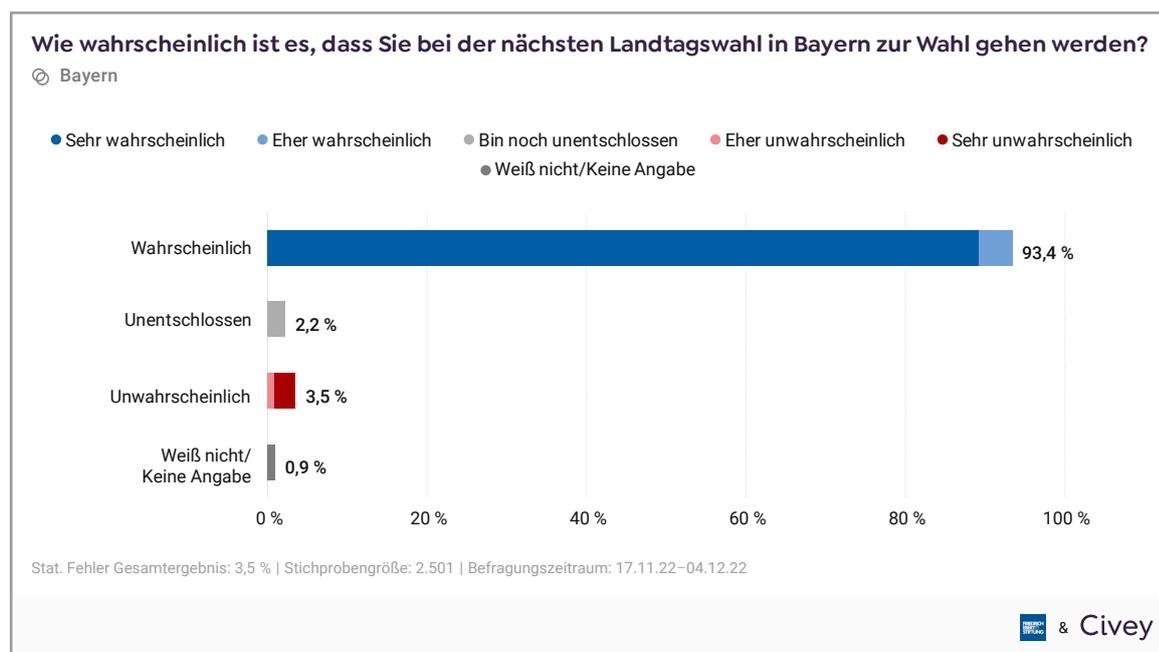
Die Befragungsergebnisse sind unter Berücksichtigung des statistischen Fehlers repräsentativ für die beschriebene Grundgesamtheit. Alle auf Stichproben beruhenden Befragungen weisen auch nach der Gewichtung eine gewisse statistische Unsicherheit auf, sodass das Befragungsergebnis vom wahren Wert in der Grundgesamtheit abweichen kann. Die statistische Fehlertoleranz dieser Online-Befragung liegt bei +/- 3,5 Prozentpunkten.

04 Politische Stimmung und Teilhabe in Bayern

Die Menschen in Bayern sind Demokrat_innen

Am 8. Oktober 2023 wird in Bayern der 19. Landtag gewählt. Insgesamt sind für eine Legislaturperiode von fünf Jahren regulär 180 Sitze im Parlament zu vergeben (Bayerisches Landesamt für Statistik o. J.).

Dass die Landtagswahl auch in diesem Jahr eine zentrale Rolle spielt, zeigen die Daten dieser Studie. Demnach geben fast 95 % der Befragten an, bei der nächsten Landtagswahl in Bayern zur Wahlurne zu gehen. Dies zeugt von einer stark ausgeprägten Wahlmotivation, auch wenn erfahrungsgemäß in Umfragen meist eine höhere Wahlbeteiligung artikuliert wird, als sie dann de facto ist. Dennoch ist der Wert sehr hoch. Lediglich 3,5 % der Befragten geben an, dass es für sie eher unwahrscheinlich ist, vom ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.



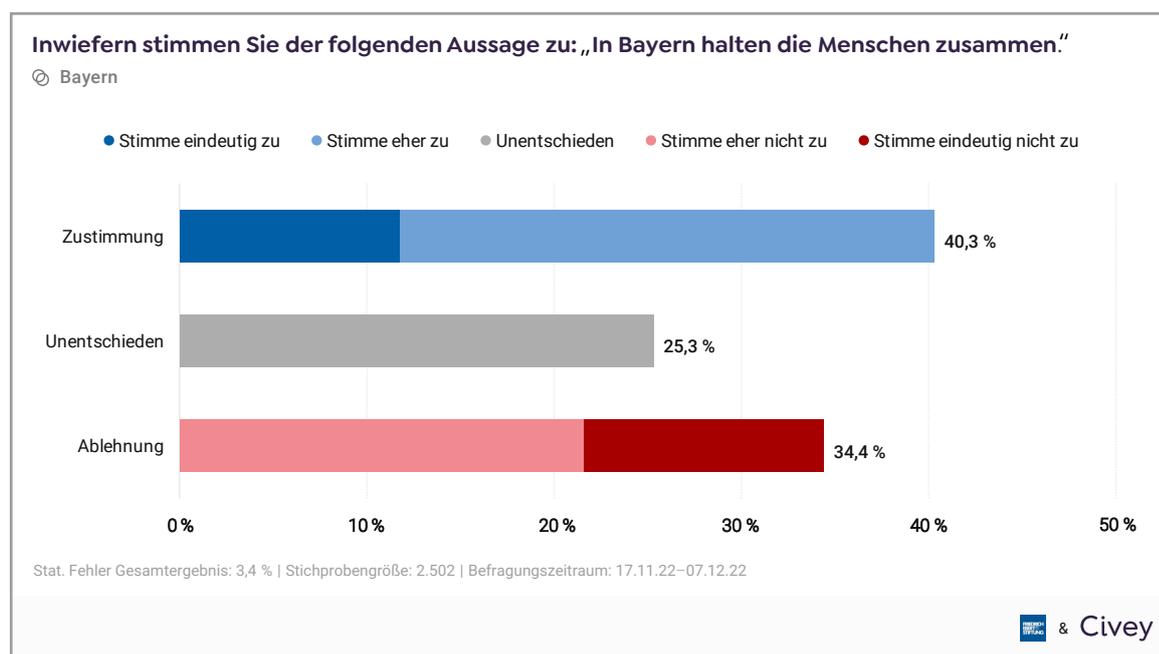
Was bewegt Bayern?

Bei der letzten Landtagswahl im Oktober 2018 nahmen mehr als 6,8 Millionen Wähler_innen teil. Dies entsprach einer Wahlbeteiligung von 72,3 % (Landeswahlleiter des Freistaates Bayern o. J.). Im bundesweiten Vergleich war Bayern mit diesem Ergebnis bei den jeweils letzten Landtagswahlen Spitzenreiter in Bezug auf die Wahlbeteiligung, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (70,8 %) und Hessen (67,3 %) (Wahlrecht.de o. J.). Seit der Landtagswahl im Jahr 2003 ist die [Wahlbeteiligung in Bayern](#)¹ kontinuierlich angestiegen. Im Vergleich zu den Landtagswahlen im Jahr 2013 erhöhte sich die Wahlbeteiligung 2018 um 8,8 Prozentpunkte. Im Hinblick auf die anstehende Wahl in Bayern lassen die Umfragewerte einen weiteren Anstieg der Wahlbeteiligung vermuten.

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1915/umfrage/wahlbeteiligung-bei-den-landtagswahlen-in-bayern-seit-1946>

Solidarität ist wichtiger Baustein für Zusammenhalt in Bayern

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt beschreibt die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders. Es geht darum, wie die Beziehungen zwischen einzelnen Menschen und Gruppen beschaffen sind, wie sehr sich die Einwohner[_innen] mit dem Gemeinwesen verbunden fühlen und wie sehr sie bereit sind, sich für das Gemeinwohl und für andere Menschen einzusetzen“ (Bertelsmann Stiftung 2014: 1). Doch wie steht es um den Zusammenhalt innerhalb Bayerns?



Der Aussage „In Bayern halten die Menschen zusammen“ stimmen 40,3 % der befragten Bürger_innen zu. Bei genauerem Betrachten der Zustimmungswerte zeigt sich, dass Männer (42,6 %) die Situation etwas positiver einschätzen als Frauen (37,8 %). Die Aussage lehnt hingegen mehr als ein Drittel der Befragten (34,4 %) ab. Bei diesen Ablehnungswerten lässt sich kaum ein Unterschied zwischen den Geschlechtern feststellen (Männer: 34,4 %; Frauen: 34,3 %). Ein Viertel (25,3 %) gibt an, „unentschieden“ im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sein.

Im Altersvergleich zeigt sich unter den jüngeren Menschen ein positiveres Ergebnis. Unter den 18- bis 29-Jährigen geben 46,2 % an, dass die Menschen in Bayern zusammenhalten. Zudem zeigen die Daten, dass Befragte ohne Kinder im Haushalt der Aussage eher zustimmen (42,1 %) als Befragte mit Kind (34,6 %).

Die Werte weisen darauf hin, dass sich viele Menschen um den Zusammenhalt in Bayern sorgen. Dem aktuellen BayernTrend folgend (Heim 2023), ist die Mehrheit der Befragten (54 %) der Meinung, dass sich in

Bayern der gesellschaftliche Zusammenhalt in den vergangenen fünf Jahren eher verschlechtert hat. Dies belegt zudem eine Pilotstudie des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sie zeigt, dass sich diese Sorge auch aus wissenschaftlicher Perspektive für zentrale gesellschaftliche Dimensionen als berechtigt erweist (Rodatz 2022).

Ein solidarisches Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft zu fördern, ist als zentrale Gestaltungsaufgabe für eine demokratische Gesellschaft essenziell. Gesellschaftliche Begegnungsorte, wie sie u. a. durch politische Bildungsarbeit geschaffen werden, können hier Brücken bilden, um gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden und den Zusammenhalt zu stärken. Es braucht eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit als Kitt des Zusammenhalts, die unsere herausgeforderte Demokratie nachhaltig stärkt.

Die Bayer_innen sind politisch interessiert

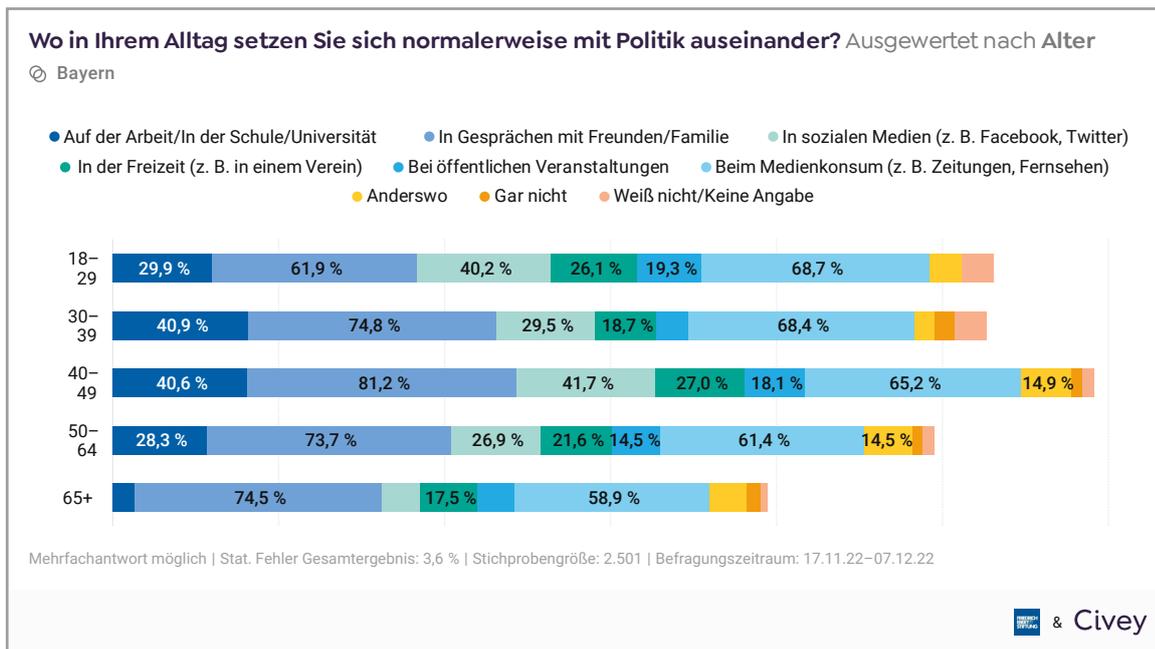
Auf die Frage „Wo in Ihrem Alltag setzen Sie sich normalerweise mit Politik auseinander?“ geben die Menschen in Bayern an, dass dies überwiegend in Gesprächen mit Freunden und Familie sei (74,0 %) sowie beim Medienkonsum, z. B. von Zeitungen oder des Fernsehprogramms (63,0 %).



Auch am Arbeitsplatz, in der Schule oder an der Universität erfolgt für ein Viertel der Bayer_innen eine Auseinandersetzung mit Politik (25,8 %). In der Freizeit, z. B. in einem Verein (21,5 %) und bei öffentlichen Veranstaltungen (14,0 %), kommen die Bürgerinnen und Bürger ebenfalls in Kontakt mit politischen Themen. Die Antwort „gar nicht“ gaben lediglich 3,6 % der Bayer_innen und die Antwort „Weiß nicht/Keine Angabe“

nannten nur 4,4 %. Im Gesamten zeigen die Daten, dass sich die Befragten überwiegend im privaten Umfeld mit Politik auseinandersetzen.

Deutlich höhere Prozentwerte geben die Befragten im Alter von 18–29 in Bezug auf soziale Medien wie Facebook und Twitter (40,2 %) und beim Medienkonsum (68,7 %) im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (26,7 % und 63,0 %) an. Sowohl die jüngeren bayerischen Bürger_innen als auch die Befragten im Alter von 40–49 Jahren setzen sich – im Vergleich zu anderen Altersgruppen – daher vermehrt mit digitalen Politikangeboten auseinander. Auch unsere Untersuchung weist das Vorurteil zurück, dass junge Menschen unpolitisch seien.



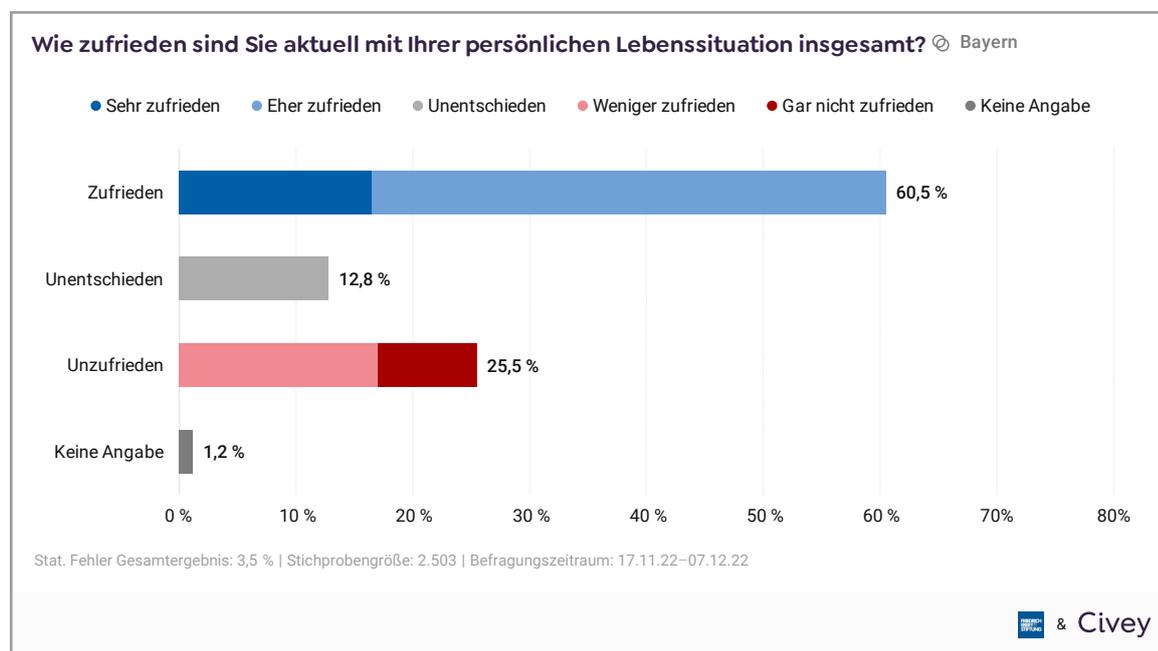
Dies bestätigt zudem die Studie der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung und des Think Tanks für politische Partizipation (part) für das gesamte Bundesgebiet (Werner 2022).

Das Interesse der Bayer_innen, sich mit Politik im Alltag auseinanderzusetzen, ist ein Beleg dafür, dass landespolitisches Handeln sowohl an unterschiedlichen Orten als auch über verschiedene Kanäle präsent ist. Die Teilhabe am politischen Geschehen ist zudem Voraussetzung für eigenes politisches Engagement.

05 Lebenszufriedenheit: Wie fühlen sich die Menschen in Bayern?

Relative Zufriedenheit trotz politisch herausfordernden Zeiten

„Wir erleben eine Zeitenwende“, verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz in der Regierungserklärung zum Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022. Dieser Krieg in Europa, die hohe Inflation, die Energie-, Corona- sowie die Klimakrise sind Belege für eine politisch herausfordernde Zeit.



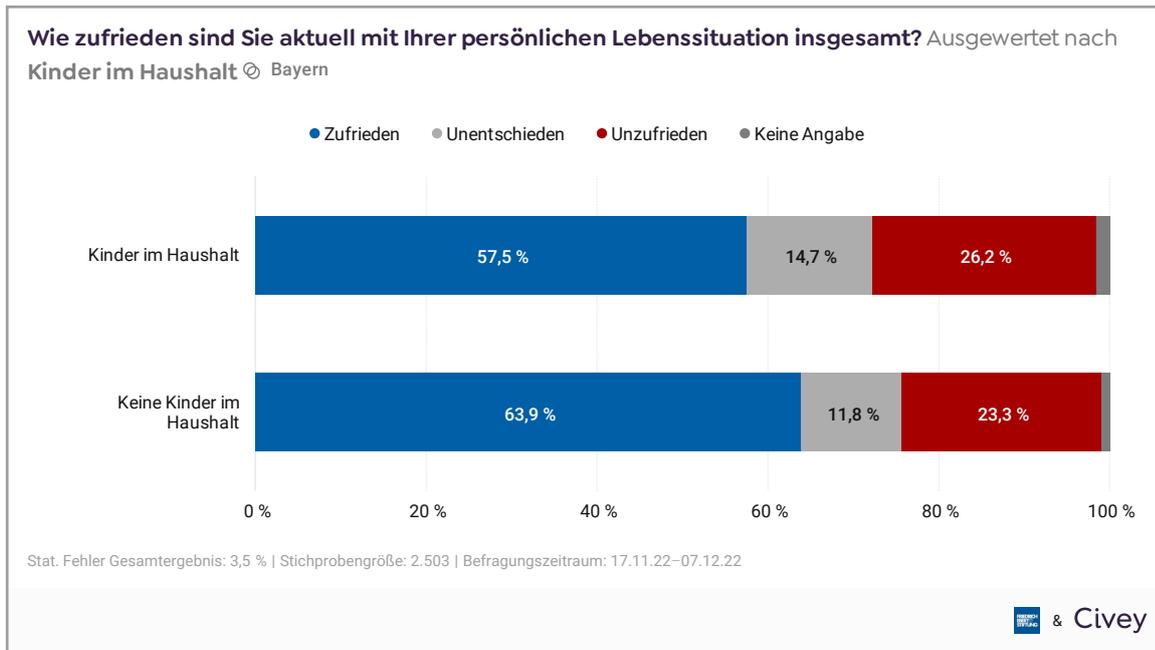
Was bewegt Bayern?

Doch wie zufrieden sind die Menschen in Bayern angesichts der Polykrisen? Welche Faktoren beeinflussen die Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger?

Die überwiegende Mehrheit der Befragten (60,5 %) ist aktuell zufrieden mit der persönlichen Lebenssituation. Eine Unzufriedenheit mit der Lebenssituation gibt ein Viertel an (25,5 %).

Insbesondere die Coronapandemie hat laut dem Studienleiter des „Glücksatlas“ Bernd Raffelhüschen für einen heftigen Einbruch in der Geschichte der Messung gesorgt (BR24 o. J.). Dem Glücksatlas 2022 ist zu entnehmen, dass Bayern im Bundesländervergleich – hinter Schleswig-Holstein – Platz 2 bei der Lebenszufriedenheit belegte (SKL Glücksatlas 2022).

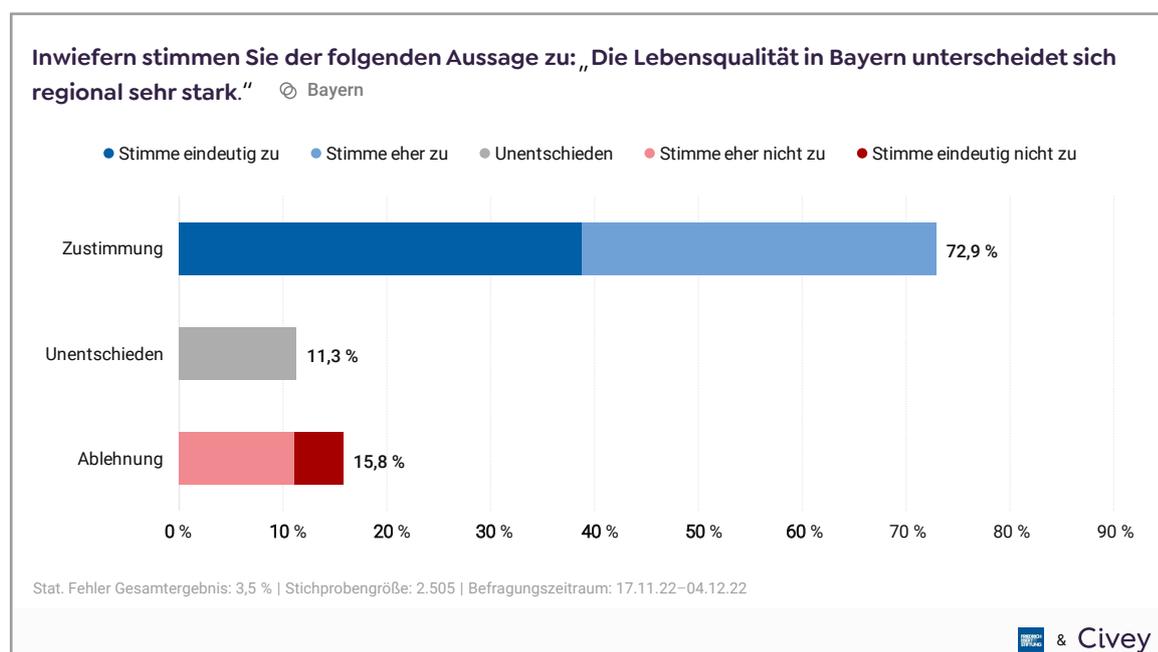
Die subjektive Einschätzung der Lebenszufriedenheit hängt zum Befragungszeitraum maßgeblich vom Alter der Befragten ab: In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen sind 40,1 % zufrieden. Dieser Wert unterscheidet sich deutlich, mit über 30 %, von der Lebenszufriedenheit der Befragten ab 65 Jahren, denn die älteren Bayer_innen sind zu 71,1 % zufrieden. Hieraus zeigt sich ein enormer Unterschied zwischen den Generationen.



Die Bewertung der Lebenszufriedenheit der Befragten mit Kindern im Haushalt beträgt 57,5 %, dahingehend sind Personen ohne Kinder im Haushalt mit 63,9 % etwas zufriedener. Auch die berufliche Stellung hat Auswirkungen. So sind Verbeamtete (58 %), Angestellte (64,7 %) und leitende Angestellte (65,8 %) wesentlich zufriedener als Arbeiter_innen (37,3 %). Rentner_innen (68,7 %), Selbstständige (65,3 %) und Arbeitnehmer_innen (59,9 %) weisen eine weit doppelt so hohe Lebenszufriedenheit auf wie Studierende (24,3 %). Mit einer signifikanten Differenz von 36,2 Prozentpunkten sind die Studierenden deutlich unzufriedener mit ihrer Lebenssituation im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Die Hälfte (50,2 %) der befragten Arbeitslosen bzw. Nichterwerbspersonen sind unzufrieden mit der aktuellen Lebenssituation. Damit zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang von Beschäftigungsstatus und Lebenszufriedenheit, den politisch Verantwortliche berücksichtigen sollten.

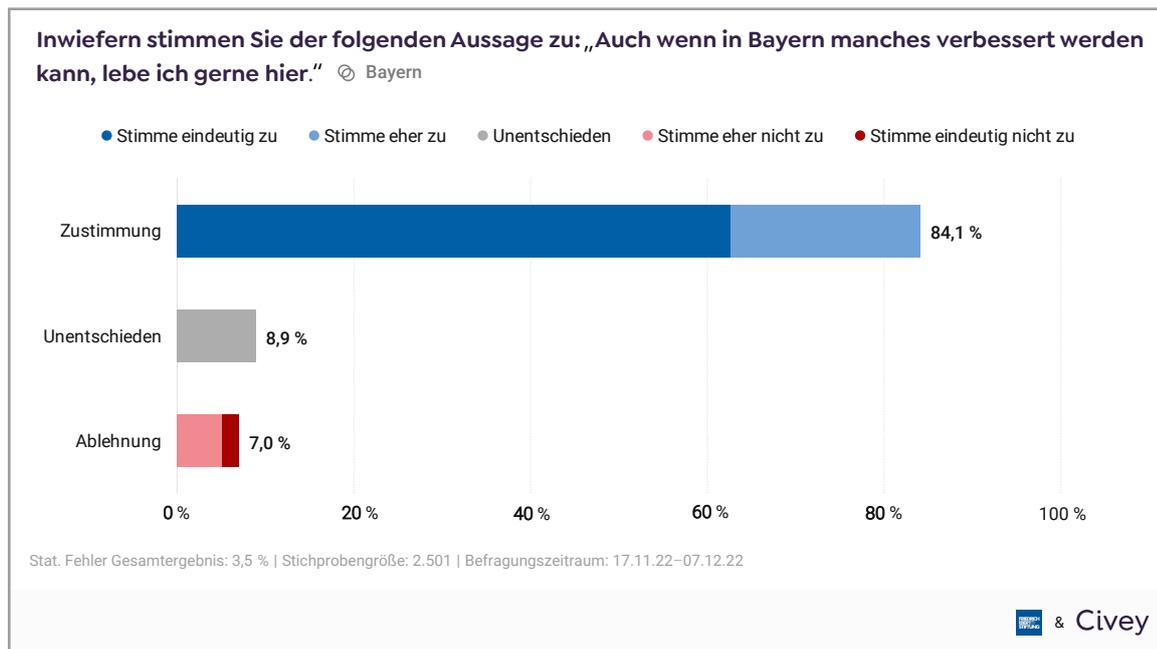
Große regionale Unterschiede in der Lebensqualität

Von den befragten Bayer_innen stimmen 72,9 % der Aussage zu, dass sich die Lebensqualität in Bayern sehr stark regional unterscheidet. Eine Ablehnung der Aussage gaben nur 15,8 % an. Insbesondere Studierende (87,5 %), aber auch Arbeitnehmer_innen (78,3 %) und Personen der Altersgruppe zwischen 40 und 49 Jahren (78,7 %) stimmen überdurchschnittlich zu, dass es regionale Unterschiede bei der Lebensqualität gibt. Bayern ist ein heterogenes Land, in dem die regionalen Unterschiede den Bürgerinnen und Bürgern bewusst sind und sie diese deutlich anmerken. Die Daten weisen darauf hin, dass politische Entscheidungen im Landtag stets gesamtbayerisch gedacht werden sollten.



Bayerische Bürger_innen schätzen ihr Bundesland und leben gerne in Bayern

Ist Bayern noch das Bundesland der Superlative (Faus/Ludwig 2021)? Auch wenn in Bayern manches verbessert werden kann, leben weit über zwei Drittel (84,1 %) der befragten Bürger_innen gerne hier. Nur 7 % lehnen die Aussage der Lebenszufriedenheit im bayerischen Bundesland ab. Sowohl junge (18- bis 29-Jährige: 88,3 %) als auch ältere (ab 65 Jahren: 89,1 %) Befragte sind der Meinung, dass sie gerne in Bayern leben.



Wenn Kinder im Haushalt leben, hat dies einen negativen Effekt auf die Zustimmung zur Aussage (78,4 %), denn die Daten unterscheiden sich um 7,7 % im Vergleich zu Personen ohne Kinder im Haushalt. Eine geringere Zufriedenheit, unter 70 %, zeigt sich auch bei der differenzierten Betrachtung der Religionszugehörigkeit. Hier lässt sich eine Zustimmung von 64,3 % bei den Angehörigen anderer Religionen – im Vergleich zu Katholik_innen (87,1 %), Protestant_innen (89,2 %) und Konfessionslosen (80,9 %) – feststellen.

06 Wo sind die Baustellen? Ein Überblick über zentrale politische Themen

Energieversorgung und sozial-ökologische Themen beschäftigen die Menschen in Bayern

Auch wenn die Lebenszufriedenheit in Bayern vergleichsweise hoch ist, so gibt es dennoch zahlreiche politische Themenfelder, in denen die Bürger_innen für sich persönlich große Probleme sehen und sich somit Verbesserungen durch die Landespolitik wünschen.

Die größte Sorge entsteht bei den Menschen bezüglich der Energieversorgung sowie der hohen Energiepreise. Fast die Hälfte der Befragten, 44 %, sieht dies als ein zentrales Handlungsfeld für die Politik an. Als weitere Sorgenkinder folgen die Situation auf dem Wohnungsmarkt (27,8 %), die Gesundheitsversorgung und Pflege (27,2 %), Klima- und Umweltschutz (22,2 %), soziale Gerechtigkeit (19,3 %), die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung (18,6 %) und Bildungsthemen (13,9 %). Weniger relevant sind Aspekte, die sich um Fragen des Arbeitsmarktes drehen (7,4 %).



Die Bürger_innen sorgen sich weniger um kurzfristige Probleme, sondern eher um Lebensbereiche, die langfristiger und nachhaltiger Lösungen bedürfen, um so ein gutes Leben in Bayern für alle sozialen Gruppen zu ermöglichen.

Betrachtet man die einzelnen Themenfelder anhand unterschiedlicher sozialstruktureller Merkmale wie Alter, Schulbildung, berufliche Stellung oder Beschäftigungsstatus, so variieren die Präferenzen der einzelnen Gruppen immer wieder. Im Folgenden werden alle Gruppen betrachtet, deren Gruppenmitglieder ein Handlungsfeld als überdurchschnittlich relevant erachten.

Energie

Das Thema Energie, d. h. sowohl die Versorgung mit Energie als auch die steigenden Energiepreise, ist das bestimmende Thema Ende 2022 in Bayern. Das zeigt sich auch darin, dass es in fast allen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Vergleich zu den anderen Themenfeldern dominiert. Für Menschen ohne einen beruflichen Abschluss (68,6 %), mit einem niedrigen formalen Bildungsgrad (50,7 %), arbeitslose Menschen (50,3 %), leitende Angestellte (50,2 %), Selbstständige (49,8 %), Rentner_innen (48,4 %) bzw. Menschen über 65 Jahre (48,2 %) ist das Thema Energie besonders zentral.

Es zeigt sich zudem, dass es neben denjenigen, die sich bereits im Ruhestand befinden, vor allem diejenigen beschäftigt, die noch mitten im Berufs- und Familienleben stehen, die als Leistungsträger_innen und Steuerzahler_innen eine besondere Rolle einnehmen. Das wird u. a. darin deutlich, dass vor allem die Altersgruppen zwischen 40 und 64 Jahren das als zentral erachten und sowohl Selbstständige als auch Arbeitnehmer_innen (40,7 %) die Energieversorgung als Problem ansehen. Zudem ist das Thema in allen Gebieten, unabhängig von der regionalen Kaufkraft, bedeutsam.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz ist insbesondere für Studierende (39,5 %) bzw. für Befragte, die sich noch in Ausbildung befinden (38 %), ein besonders bedeutsames Themenfeld. Klar wird zudem, dass es vor allem für Menschen mit einem höheren Bildungsgrad wie dem Abitur (26,9 %) oder Menschen, die mindestens studiert haben (26,2 %), eine zentrale Rolle spielt.

Insbesondere die jüngere Generation der 18- bis 29-Jährigen (27,4 %) in Bayern, die in den vergangenen Jahren stark mit der „Fridays for Future“-Bewegung sozialisiert wurde, misst dem Thema Klima- und Umweltschutz eine große Bedeutung bei. Wie Studien zu „Fridays for Future“ zeigen, verbinden junge Menschen hierbei Fragen der ökologischen Gerechtigkeit durchaus auch mit Aspekten sozialer Gerechtigkeit, sodass diese beiden Themenfelder für jüngere Menschen stark miteinander verschränkt sind (Dangel et al. 2022).



Wohnen

Das Thema Wohnen ist neben dem Thema Energie das zweite zentrale Themenfeld in Bayern. Auch hier zeigt sich, dass es viele soziale Gruppen im Freistaat umtreibt. Dies sind insbesondere jüngere Menschen im Alter von 18–29 Jahren (39 %), die sich entweder noch in der Berufsausbildung befinden (49,7 %) oder studieren (43,5 %). Zudem ist das Thema Wohnen sowohl für unterschiedliche Berufsgruppen wie z. B. Arbeiter_innen (36,7 %), Verbeamtete (30,7 %), Angestellte (28 %) oder Selbstständige (27,7 %) als auch für Rentner_innen (27,6 %) wichtig. Insbesondere mit steigender Bevölkerungsdichte wird deutlich, dass das Thema Wohnen an Bedeutung gewinnt. In Regionen mit einer geringen Bevölkerungsdichte spielt es für 23,8 % der Befragten eine Rolle, in Regionen mit einer hohen Bevölkerungsdichte gar für 32 %.

Soziale Gerechtigkeit

Das Thema soziale Gerechtigkeit spielt insbesondere für Arbeitslose (30 %) und Rentner_innen (22,6 %) sowie für Menschen, die einen Hauptschulabschluss haben (24,1 %) oder in Regionen mit einer niedrigen Kaufkraft leben (24,7 %), eine bedeutende Rolle. Hierbei fallen zwei Aspekte in den Daten auf. Erstens scheint es so zu sein, dass soziale Gerechtigkeit vor allem für die Befragten ab 50 Jahren noch eine überdurchschnittlich große Rolle spielt, während die jüngeren Generationen es als nicht mehr ganz so relevant erachten. Hier scheint sich ein Wandel in den Grundwerten zwischen den Generationen zu vollziehen.

Zweitens ist es so, dass in Regionen mit einer niedrigen Kaufkraft die Bedeutung der sozialen Gerechtigkeit noch überdurchschnittlich dominiert, auch in Regionen mit hoher Kaufkraft (20,3 %), aber in Regionen mit einer sehr niedrigen Kaufkraft nur noch 17,7 % der Befragten soziale Gerechtigkeit als besonders wichtig erachten. Es scheint so zu sein, dass diese Menschen mit der Idee sozialer Gerechtigkeit nicht mehr sehr viel verbinden, was evtl. mit ihren gemachten negativen Lebenserfahrungen in Zusammenhang steht.



Gesundheit, Pflege und Bildung

Die Bereiche Gesundheit, Pflege und Bildung spielen insbesondere für diejenigen Bevölkerungsgruppen eine Rolle, die von diesen Themen in unterschiedlichen Lebensphasen betroffen sind. Gesundheit und Pflege sind vor allem für Rentner_innen (30,6 %) und für Menschen ab 50 Jahren (30,6 %) ein zentrales Thema. Es beschäftigt vor allem geschiedene Menschen (36,3 %) und im Vergleich zu Männern insbesondere die Frauen (31,3 %). Dies verwundert nicht, sind sie es i. d. R. immer noch, die sich entweder für Pflegeberufe entscheiden oder auch im privaten Bereich im Sinne der informellen Pflege (Geyer/Schulz 2014) eingebunden sind. Zudem spielt das Thema Gesundheit und Pflege vor allem in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte eine Rolle (30,2 %), sodass Rückschlüsse auf einen wahrgenommenen oder tatsächlichen Mangel an Versorgungssicherheit in diesen Regionen gezogen werden können.

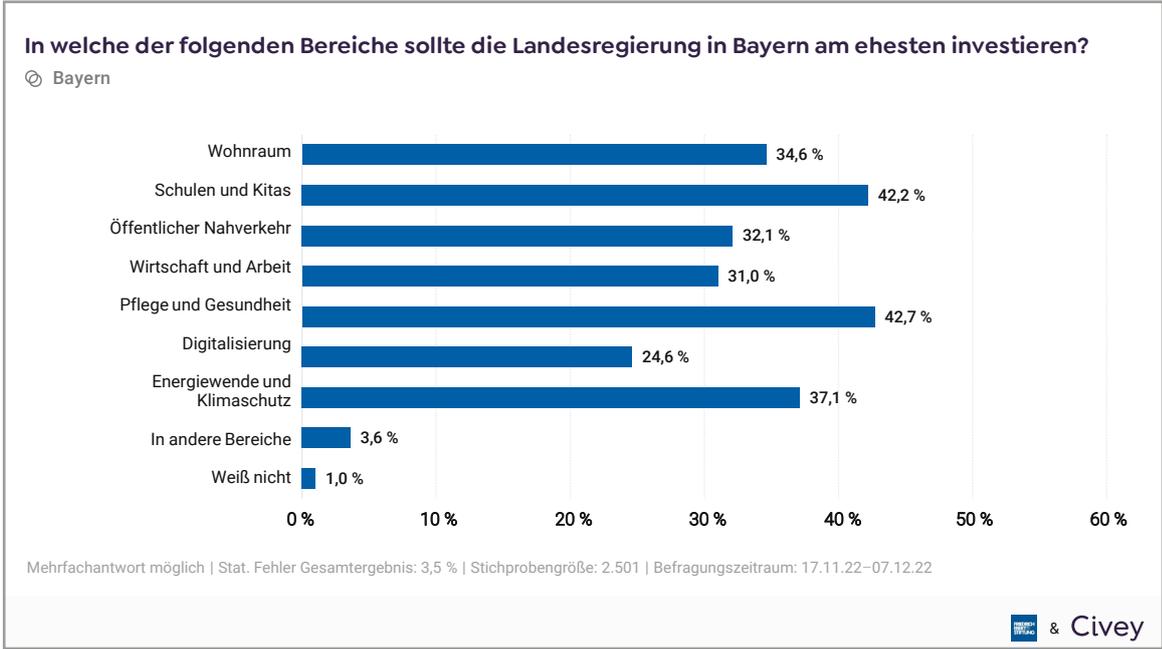
Das Thema Bildung ist bayernweit für 13,9 % der Befragten ein wichtiges Thema. Es betrifft hierbei überdurchschnittlich vor allem jüngere Menschen im Alter von 18–29 Jahren (19,4 %) und die Kohorte der 40- bis 49-Jährigen. Während Erstere selbst noch im Bildungssystem stecken, z. B. aufgrund einer beruflichen Ausbildung oder eines Studiums, sind Letztere entweder aufgrund von Umschulungen und beruflicher Neuorientierung, Weiterbildung, aber auch schlicht als Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter betroffen. Dies zeigt sich auch daran, dass für 23,1 % der Befragten mit Kindern im Haushalt das Thema eine Relevanz besitzt und sie damit diejenige Gruppe sind, die diesem Themenfeld die größte Bedeutung beimisst.

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarktsituation

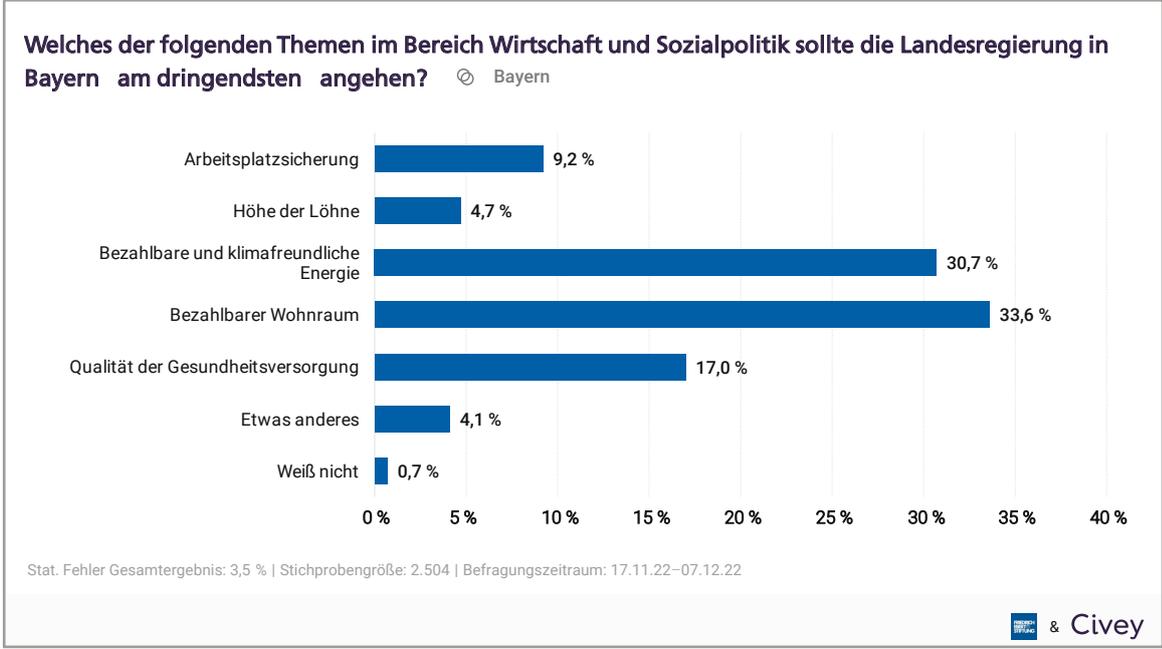
Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung spielt für 18,6 % der Menschen in Bayern, die Situation auf dem Arbeitsmarkt nur für 7,4 % eine größere Rolle. Dies variiert jedoch sehr nach gesellschaftlichen Gruppen. Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung machen sich vor allem Menschen, die noch keinen Berufsabschluss haben (30,9 %), sowie die Gruppen der Selbstständigen (24,8 %) und Arbeitnehmer_innen (20,2 %). Vor allem bei den 18- bis 29-Jährigen (20,7 %) und den mitten im Berufsleben stehenden 30- bis 39-Jährigen (23,6 %) spielt das Thema eine größere Rolle. Diese Gruppen stehen noch nicht im Berufsleben oder erst am Anfang und sind vermutlich verunsichert im Hinblick auf ihre Zukunftschancen.

Beim Thema Arbeitsbedingungen und der Arbeitsmarktsituation zeigen sich ähnliche Tendenzen. Sowohl diejenigen, die sich noch in Ausbildung befinden (25,5 %), als auch diejenigen im Alter von 30–39 Jahren (20,1 %) sehen das Thema Arbeitsmarkt als besonders wichtig an.

Wirft man einen Blick auf die Frage, in welchen Bereichen die bayerische Landesregierung am ehesten investieren sollte, dann wird deutlich, dass es sich hier vor allem um die Bereiche Pflege und Gesundheit (42,7 %) sowie Schulen und Kitas (42,2 %) dreht. In der Bildungspolitik beschäftigt vor allem der Mangel an Lehrer_innen sowie der Sanierungsstau an den Schulen viele Familien (BR 2022, Osel 2023), während im Bereich von Kindertagesstätten und Kindergärten die Frage nach ausreichend Betreuungsplätzen sowie dem Personalmangel in den entsprechenden Einrichtungen vorherrschend ist (dpa 2022).

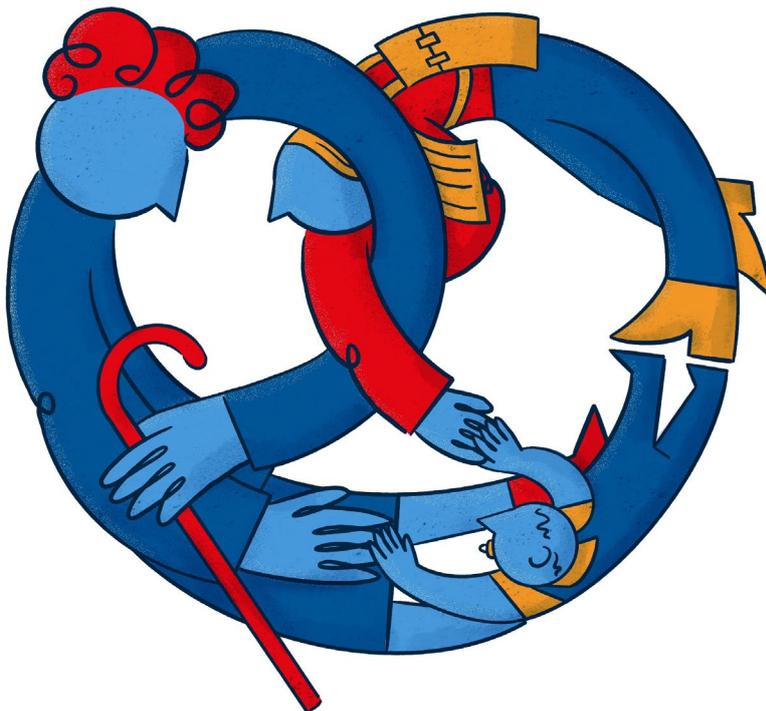


Zu den weiteren zentralen Investitionsfeldern der Landesregierung sollten die Bereiche Energiewende und Klimaschutz (37,1 %), Wohnraum (34,6 %), der öffentliche Nahverkehr (32,1 %) sowie der Bereich Wirtschaft und Arbeit (31 %) zählen.



Konkret auf die Politikfelder der Wirtschaft und Sozialpolitik angesprochen, sind laut den bayerischen Befragten vor allem der bezahlbare Wohnraum (33,6 %) sowie eine bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung (30,7 %) die wichtigsten Themenfelder, in denen Handlungsbedarf besteht. Diese liegen mit deutlichem Abstand u. a. vor der Qualität der Gesundheitsversorgung (17 %).

Betrachtet man die Ergebnisse der Befragung, dann wird deutlich, dass in Bayern insbesondere die Themen Energieversorgung und Wohnen – vor allem im Hinblick auf ihre Bezahlbarkeit – eine zentrale Rolle spielen werden. Damit verbunden sind auch Fragen der Energiewende als Reaktion auf den Klimawandel und die anvisierte Klimaneutralität Bayerns bis zum Jahr 2040 (Sebald 2022).



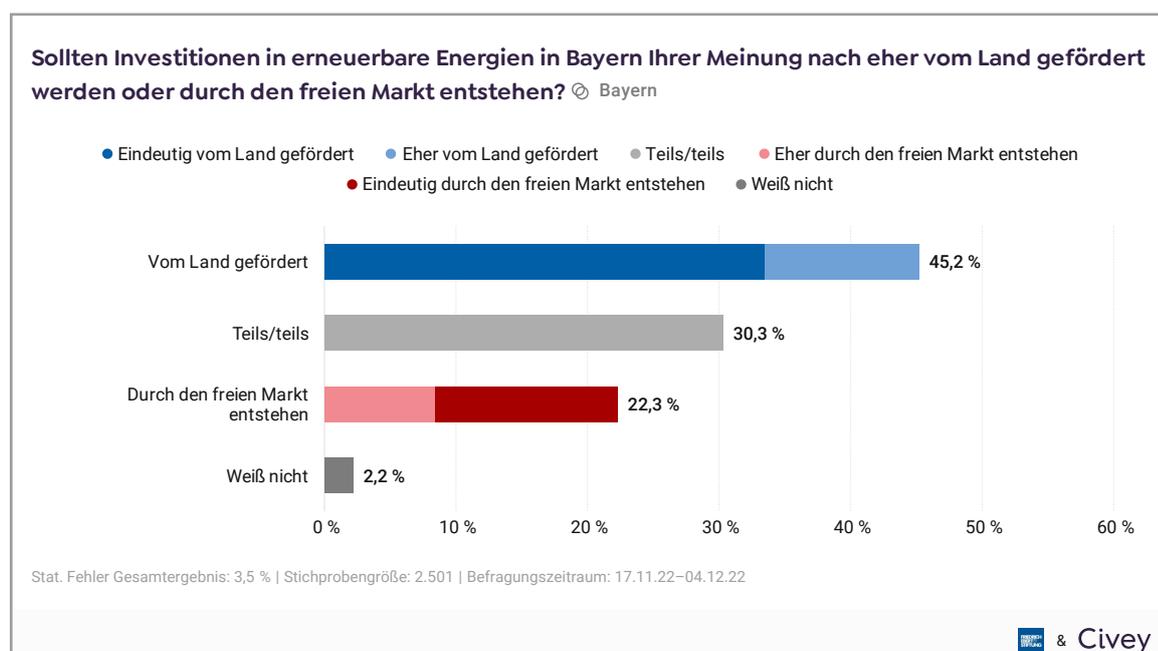
07 Markt oder Staat: Wem trauen die Menschen mehr Lösungskompetenz zu?

In Bayern setzt man eher auf den Staat als auf den Markt

Auch wenn sich politische Parteien und die unterschiedlichen sozialen Gruppen in der Bevölkerung über bestimmte politische Ziele einig sind, so unterscheiden sie sich dennoch oftmals im Hinblick auf die Art und Weise, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Dies gilt sowohl für jüngere politische Debatten wie die Umsetzung der Energiewende als auch für klassische Fragen sozialstaatlicher Politik.

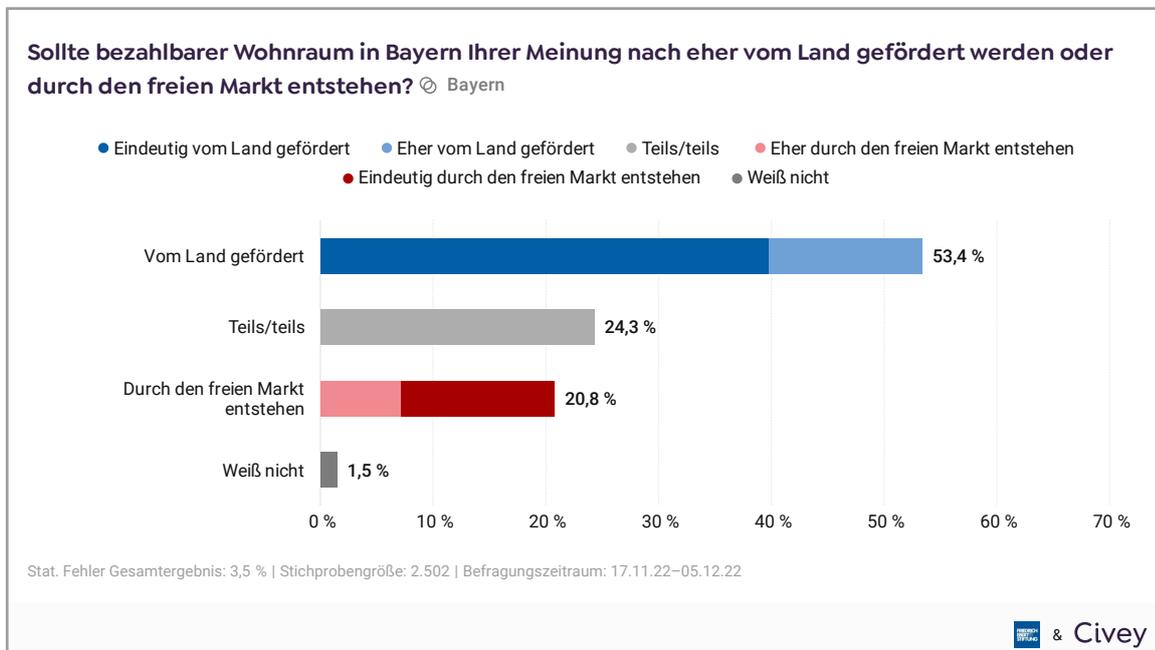
Generell lassen sich diese Strategien anhand zweier Pole ausrichten: Staat oder Markt. Diese sozioökonomische Links-Rechts-Achse ist zentral für die Analyse von Parteipositionierungen im politischen Raum, aber auch relevant, um die Präferenzen der Bevölkerung oder der Wähler_innen besser einordnen zu können. Gerade sozioökonomische Fragen, die u. a. auch den Sozialstaat betreffen, bewegen sich fast immer im Spannungsfeld der Befürwortung von Marktfreiheit einerseits und einer starken Betonung sozialer Gerechtigkeit, die vor allem über staatliche Regulierung hergestellt wird, andererseits (vgl. Alemann et al. 2018: 146; Niedermayer 2013: 91).

Im Rahmen dieser FES-Studie wurde sowohl im Hinblick auf die Förderung von erneuerbaren Energien als auch bezüglich der Schaffung von sozialem Wohnraum die Frage gestellt, ob diese Ziele entweder stärker vom bayerischen Staat gefördert werden sollten oder ob der freie Markt besser geeignet sei, diese Ziele zu erreichen.



In beiden Fällen lässt sich festhalten, dass die Menschen in Bayern dem Staat eine Lösungskompetenz eher zutrauen als dem Markt. Während sich 45,2 % der Befragten wünschen, dass die erneuerbaren Energien stärker vom Staat gefördert werden sollen, sind es sogar 53,4 % der Befragten, die der Auffassung sind, dass der Staat eher bezahlbaren Wohnraum schaffen sollte. Nur etwas mehr als ein Fünftel der Befragten sprechen dem Markt in beiden Politikfeldern ihr Vertrauen aus – ein recht geringer Wert.

Wie bereits im vorhergehenden Kapitel gezeigt wurde, ist der Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum, gerade angesichts der weiter steigenden Mietpreise in den meisten bayerischen Kommunen (Grigoleit/Schmidberger 2022), ein zentrales Thema und gekoppelt mit steigenden Energiekosten für viele Bayer_innen essenziell. Die Bürger_innen setzen hier ihr Vertrauen mehr in die Handlungskapazitäten des Staates als in den Markt.



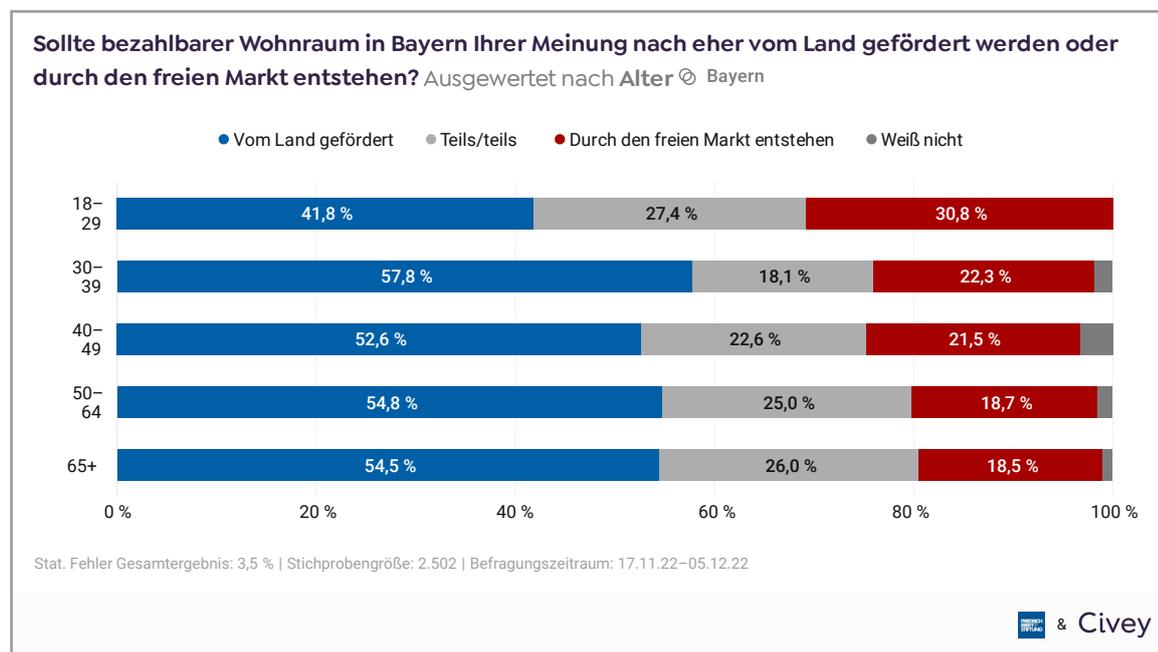
Förderung erneuerbarer Energien durch den Staat

Welche sozialen Gruppen präferieren mehrheitlich eine Förderung der erneuerbaren Energien durch den Staat? Dies sind vor allem Menschen, die sich noch in Ausbildung befinden (78,3 %), Arbeitslose/Nicht-erwerbspersonen (56,6 %), Rentner_innen (46,4 %), Arbeitnehmer_innen (45,2 %), leitende Angestellte (51,9 %), Angestellte (48,8 %), ältere Menschen über 65 Jahre (48,9 %), aber auch die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen (45,9 %), Befragte mit Kindern im Haushalt (48,7 %) und Befragte mit Abitur (47,5 %). Gerade in Gebieten mit sehr niedriger regionaler Kaufkraft (52,7 %) oder hoher Bevölkerungsdichte (50,4 %) setzen die Menschen eher auf den Staat als auf den Markt.

Förderung von bezahlbarem Wohnraum durch den Staat

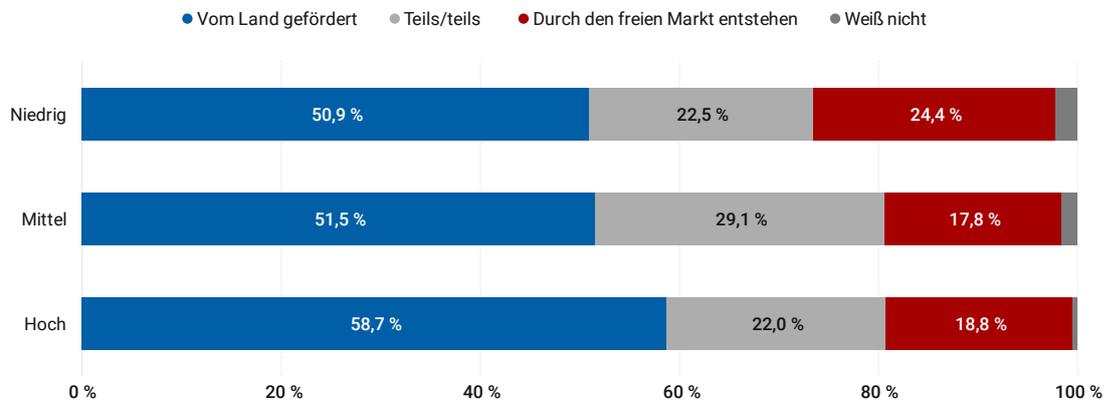
Die staatliche Förderung bezahlbaren Wohnraums wird in Teilen von anderen sozialen Gruppen präferiert. Hierzu zählen Menschen, die mindestens studiert (59,8 %) oder eine Berufsausbildung haben (52,0 %), Arbeitslose bzw. Nichterwerbspersonen (58,6 %), Arbeitnehmer_innen (54,8 %), Rentner_innen (54,5 %), Selbstständige (49 %), leitende Angestellte (60,5 %), Angestellte (59,1 %) und Arbeiter_innen (45,6 %). Für eine staatliche Förderung des Wohnungsbaus sprechen sich 45,5 % der Befragten mit Kindern im Haushalt und 56,5 % der Befragten ohne Kinder im Haushalt aus.

In Bezug auf die Altersgruppen fällt auf, dass bis auf die jüngste Gruppe der 18- bis 29-Jährigen alle anderen Altersgruppen mehrheitlich auf bezahlbaren Wohnungsbau durch den Staat setzen. Für die Studierenden ist die Frage nach bezahlbarem Wohnraum, wie oben bereits gezeigt, essenziell. Im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsgruppen, wie z. B. den Arbeitnehmer_innen, sehen jedoch nur 38,8 % der Studierenden den Staat als Lösung an und 32,6 % setzen auf den Markt. Es scheint hier insbesondere bei jüngeren Menschen mit einem höheren formalen Bildungsgrad ein geringeres Vertrauen in die Regulierungsfähigkeit des Staates zu bestehen als in anderen Bevölkerungsgruppen.



Wenn man sich die Wohnungsbauförderung durch den Staat anhand der Bevölkerungsdichte ansieht, dann fällt auf, dass in allen Gebieten – unabhängig von der Bevölkerungsdichte – die Mehrheit der Menschen eine staatliche Förderung befürwortet. Dies trifft insbesondere für Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte zu.

Sollte bezahlbarer Wohnraum in Bayern Ihrer Meinung nach eher vom Land gefördert werden oder durch den freien Markt entstehen? Ausgewertet nach **Bevölkerungsdichte - Land** ☺ Bayern



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 3,5 % | Stichprobengröße: 2.502 | Befragungszeitraum: 17.11.22– 05.12.22

& Civey

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass in puncto erneuerbarer Energien und bezahlbaren Wohnraums nicht nur die sozial Schwächeren auf mehr Förderung durch den Staat hoffen, sondern neben den Rentner_innen bzw. älteren Menschen insbesondere die arbeitenden, steuerzahlenden Mittelschichten mit einer guten Ausbildung mehr Unterstützung durch den Staat erwarten.

Das Thema bezahlbarer Wohnraum ist nicht nur in Bayern ein Thema (vgl. Faus/Jurraat 2020: 20–21), gärt jedoch auch schon länger in Bayern. Bereits die Studie von Faus und Ludwig (2021: 30) hat thematisiert, dass z. B. in München die Löhne nicht proportional zum Preis- und Mietanstieg wachsen. Da nun nicht mehr nur die Mieten, sondern auch die Energie- und Lebensmittelkosten seit 2022 stark angestiegen sind (s. Verbraucherzentrale 2023), hoffen die Menschen in Bayern auf mehr Rückendeckung durch den Freistaat.

08 Fazit

Die empirischen Befunde der vorliegenden Studie lassen diverse Rückschlüsse auf das gesellschaftliche und politische Klima in Bayern zu. Diese lassen sich wie folgt thesenartig zusammenfassen:

Der politisierte Freistaat

Die Menschen in Bayern zählen immer noch zu denjenigen mit der höchsten Lebenszufriedenheit, auch wenn das bayerische Lebensgefühl aufgrund der Krisen im Zuge der Pandemie und des russischen Angriffskrieges einen Dämpfer erhalten hat. Während im Oktober 2020 die Menschen in Bayern sich noch gewünscht haben, dass „alles so bleibt, wie es ist“ (Faus/Ludwig 2021: 16), wünschen sich jetzt viele in Bayern mehr Unterstützung und Engagement von der Politik.

Dies führt auch zu einer Politisierung der Gesellschaft, was sich nicht nur am hohen politischen Interesse, u. a. auch bei jungen Menschen, ablesen lässt, sondern auch daran, dass fast 95 % der Befragten angaben, bei der nächsten Wahl ihre Stimme abzugeben. Auch wenn die Wahlbeteiligung letztlich niedriger ausfallen dürfte, so zeigt der Trend, dass diese seit 2003 kontinuierlich zugenommen hat. Es ist damit zu rechnen, dass dies auch im Wahljahr 2023 der Fall sein dürfte.

Die Rückkehr sozioökonomischer Konflikte

Betrachtet man die zentralen Themen, die die Menschen in Bayern bewegen, dann wird klar, dass insbesondere die materiellen Interessen der Bevölkerung eine große Relevanz besitzen. Dies hängt zum einen mit den steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen zusammen, die u. a. von der weltweit angespannten politischen Lage abhängig sind.

Zum anderen aber auch mit den kontinuierlich steigenden Mietpreisen, sodass bezahlbarer Wohnraum, insbesondere in den bayerischen Städten, immer schwieriger zu finden ist. Dies trifft vor allem junge Menschen, die sich noch in der Ausbildung befinden oder studieren, Familien mit Kindern, aber auch Rentner_innen, die sich die Wohnungen immer weniger leisten können.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Gewerkschaften in den letzten Wochen so erfolgreich ihre Mitglieder mobilisieren konnten, um den Druck auf die Arbeitgeber_innenseite zu erhöhen, und insbesondere aufgrund der hohen Inflation entsprechende Lohnanpassungen fordern. Der bundesweite Warnstreik im Verkehrssektor, organisiert von Verdi sowie der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG (Auel/Peters 2023), ist ein Ausdruck der aktuellen Unzufriedenheit.

Nachhaltige Lösungen in der Klima-, Gesundheits- und Bildungspolitik

Des Weiteren wird deutlich, dass neben der ökonomischen Unzufriedenheit auch die langfristige Perspektive für die Menschen in Bayern eine Rolle spielt. Dies betrifft insbesondere die Bedeutung von Themen wie Klimawandel, Umweltschutz, Gesundheits- und Pflegepolitik sowie Bildungspolitik. Während Themen wie Klimawandel und Gesundheitspolitik für viele soziale Gruppen eine Relevanz besitzen, sind Themen wie gute Bildung und ausreichende Versorgung von Betreuungsangeboten für Kinder in Familien zentral, wohingegen das Thema Pflege vor allem für ältere Menschen eine wichtige Rolle spielt. In diesen Politikfeldern werden langfristige Strategien benötigt, um den veränderten Rahmenbedingungen und dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen.

Der Staat in der Pflicht

Die Studie zeigt ebenfalls, dass insbesondere was Fragen von bezahlbaren Energiekosten und bezahlbarem Wohnraum angeht, die Bürger_innen in Bayern den Staat in der Pflicht sehen und ihm zutrauen, diese Herausforderungen eher zu lösen als der freie Markt. Gerade in der Frage des bezahlbaren Wohnraums setzen alle Altersgruppen – außer den 18- bis 29-Jährigen – auf staatliche Fördermaßnahmen, während die Jungen dem freien Markt eher ihr Vertrauen aussprechen.

Die Politik ist somit aufgefordert, in diesen Feldern mehr Engagement zu zeigen, um nicht nur die kurzfristig entstandenen Härten auszugleichen, sondern gleichzeitig auch langfristige Lösungsangebote zu unterbreiten. Zudem sollten diese Strategien ganz Bayern in den Blick nehmen und damit die unterschiedlichen regionalen Besonderheiten ausgleichen. Wenn dies nicht gelingt, werden sich in manchen bayerischen Regionen langfristig Frustration und Enttäuschung in Bezug auf die Politik verstärken, was sich dann auch in veränderten politischen Mehrheiten ausdrücken wird.



09 Literaturverzeichnis

Alemann, Ulrich von/Erbenbraut, Philipp/Walther, Jens (2018): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. 5. Aufl. Wiesbaden.

Bayerischer Rundfunk (2022): Jetzt red i. Dauerbaustelle Schule – Lehrermangel, Bildungslücken und besorgte Eltern, vom 26.10.2022. Online: <https://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/jetzt-red-i/dauerbaustelle-schule-100.html> [27.03.2023].

Bayerisches Landesamt für Statistik (o. J.): Landtagswahlen. Online: <https://www.statistik.bayern.de/wahlen/landtagswahlen/index.html> [15.03.2023].

Bertelsmann Stiftung (2014): Bayern Report. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Bayern. Gütersloh.

BR24 Redaktion (o. J.): „Mia san mia“: Bayern sind die zweitglücklichsten Deutschen. Online: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/mia-san-mia-bayern-sind-die-zweitgluecklichsten-deutschen,TMbdg2e>.

Dangel, Vanessa/Hauenstein, Elena/Kroemer, Maximilian/Lebebok, Katharina (2022): Fridays for Future: Umfassende Gerechtigkeitsvorstellungen mit konkreten Umsetzungsperspektiven? Ein Ländervergleich zwischen Deutschland, Österreich, Italien und Ungarn. Würzburger Arbeitspapiere zur Politikwissenschaft und Soziologie, Nr. 14. Würzburg. Online: <https://doi.org/10.25972/OPUS-29637> [27.03.2023].

dpa (2022): Fast 62.000 Kita-Plätze fehlen 2023 in Bayern. Online: <https://www.mainpost.de/ueberregional/bayern/bayern/fast-62000-kita-plaetze-fehlen-2023-in-bayern-art-10944697> [27.3.2023].

Faus, Jana/Jurrah, Andrina (2020): Regionale Disparitäten und ihre Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit Staat und Demokratie in Niedersachsen. Friedrich-Ebert-Stiftung. Hannover.

Faus, Jana/Ludwig, Lina (2021): Das Bundesland der Superlative? Wie die Bayer_innen regionale Ungleichheiten wahrnehmen. Friedrich-Ebert-Stiftung. München.

Geyer, Johannes/Schulz, Erika (2014): Who cares? Die Bedeutung der informellen Pflege durch Erwerbstätige in Deutschland. DIW Wochenbericht 81 (14), 294–301. Online: <http://hdl.handle.net/10419/96168> [27.03.2023].

Grigoleit, Christine/Schmidberger, Ralf (2022): Mietpreise in Bayern steigen weiter, aber langsamer. BR24 vom 18.10.2022. Online: <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/mieten-in-bayern-steigen-weiter-aber-langsamer,TKc5fnE> [27.03.2023].

Heim, Maximilian (2023): BayernTrend: Mehrheit würde wegen Klimawandel Lebensstil ändern. Online: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bayertrend-mehrheit-wuerde-wegen-klimawandel-lebensstil-aendern,TScEnhhd> [23.03.2023].

Landeswahlleiter des Freistaates Bayern (2018): Landtagswahl am 14. Oktober 2018. Endgültiges Ergebnis. Online: https://www.landtagswahl2018.bayern.de/ergebnis_tabelle_990.html [22.03.2023].

Niedermayer, Oskar (2013): Die Analyse von Parteiensystemen, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden, 83–117.

Oberreuter, Heinrich (2018): Neujustierung? Spurenelemente politisch-kulturellen Wandels in Bayern. Aus Politik und Zeitgeschichte 68(51–52), 35–38.

Osel, Johann (2023): Warum Bayerns Politiker plötzlich über Bildung reden wollen. Süddeutsche Zeitung vom 19.01.2023. Online: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-spd-soeder-bildung-lehrermangel-1.5735449> [27.03.2023].

Rodatz, Mathias (2022): „Gefährdeter Zusammenhalt?“ Neue Studie zu Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland. Online: <https://idw-online.de/de/news802811> [16.03.2023].

Sebald, Christian (2022): „Nicht ansatzweise im Plan“. Süddeutsche Zeitung vom 27.07.2022. Online: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-klimaschutz-energiewende-markus-soeder-energieversorger-1.5628057> [27.03.2023].

SKL Glücksatlas (2022): Deutschlands Glücksniveau erholt sich nur leicht. Online: <https://www.skl-gluecksatlas.de/artikel/corona-beeintraechtigt-die-lebenszufriedenheit-stark.html> [23.03.2023].

Verbraucherzentrale (2023): Steigende Lebensmittelpreise: Fakten, Ursachen, Tipps. Online: <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/steigende-lebensmittelpreise-fakten-ursachen-tipps-71788> [27.03.2023].

Wahlrecht.de (o. J.): Umfragen, Wahlsystem, Wahlergebnisse. Online: <https://www.wahlrecht.de/ergebnisse/index.htm> [16.03.2023].

Werner, Jana (2022): Jugendliche sind laut neuer Studie politisch und wollen mitreden. Online: <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article239998669/Neue-Studie-zeigt-Jugendliche-sind-politisch-und-wollen-mitreden.htm> [16.03.2023].

Impressum

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung Bayern
Büro München
Herzog-Wilhelm-Str. 1
80331 München

Kontakt: bayern@fes.de

Verantwortlich: Simone Reperger

Autor_innen: Dr. Christoph Mohamad-Klotzbach, Martha Suda

Redaktionelle Mitarbeit: Simone Reperger, Iris Spaeing

Lektorat: Diana Barth

Layout und Illustration: Anna Radlbeck

ISBN Nummer: 978-3-98628-392-6

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© 2023

